

D-04-104 Dringlichkeitsantrag: Verantwortung in dieser Zeit

Antragsteller*in: Jürgen Blümer (KV Warendorf)

Änderungsantrag zu D-04

Von Zeile 103 bis 107:

Konsequenzen noch menschlich beherrschbar halten wollen. Deshalb lassen wir in unseren Ambitionen nicht nach, ganz im Gegenteil. ~~In allen Bereichen und vor allem in jenem, der bislang viel zu wenig zur Erreichung der Klimaziele beiträgt – der Verkehr – wollen wir auf Kurs kommen. Es geht um nicht weniger als die Freiheitschancen und -rechte unserer Kinder und Enkel.~~ Ziel unseres politischen Handelns ist eine verfassungskonforme Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zum Kampf gegen die Klimakrise. Das aktuelle Klimaschutzgesetz leistet dies nicht, da der Expertenrat für Klimafragen in seinen Prognosen für das verbleibende CO2-Budget in Deutschland von einer Zielverfehlung bereits ab 2030 ausgeht.

Wir setzen uns daher für die verbindlichen CO2-Emissionsziele in allen Bereichen („Sektoren“) ein, insbesondere bei Verkehr und Gebäude. Das Verschieben von Emissionen über Sektorgrenzen hinweg muss ebenso beendet werden wie das Verlagern von notwendigen Maßnahmen zur CO2-Emissionsreduzierung in die Zukunft.

Eine von uns mitgetragene Strategie zum Kampf gegen die Klimakrise muss sicherstellen, dass insbesondere die Freiheitsrechte zukünftiger Generationen gewahrt bleiben. Dazu notwendige, konkrete Maßnahmen werden sozialverträglich ausgestaltet und leisten somit einen Beitrag, soziale Ungerechtigkeiten abzumildern.

Begründung

Da es der Dringlichkeitsantrag des Bundesvorstandes an der notwendigen Deutlichkeit beim Kampf gegen die Klimakatastrophe vermissen lässt, ist es notwendig, diese Frage zu beantworten: Welche verfassungskonformen Strategien werden wir Grünen beim Kampf gegen die Klimakatastrophe in Zukunft verfolgen?

Mit dem Ende der Ampel-Koalition muss bereits jetzt deutlich gemacht werden, welche inhaltlichen Schwerpunkte Bündnis 90 / Die Grünen im Wahlkampf und in der nächsten Legislatur des Bundestages setzen wollen. Gerade beim Kampf gegen die Klimakatastrophe, der einen Wettlauf gegen die Zeit und die ansteigenden THG-Konzentrationen in der Erdatmosphäre darstellt, müssen politische Leitplanken frühzeitig beschlossen und in die Zivilgesellschaft hinein kommuniziert werden.

Nur durch ein entschlossenes und faktenbasiertes Auftreten können Bündnis 90 / Die Grünen der Zivilgesellschaft signalisieren, dass der Kampf gegen die Klimakatastrophe ein zentralen Punkt zukünftiger Politik sein wird.

weitere Antragsteller*innen

Piet Loose (KV Steinfurt); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Sebastian Schoo (KV Osnabrück-Stadt); Karina Kormann (KV Steinfurt); Elmar Post (KV Münster); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Sébastien Elbracht (KV Kurpfalz-Hardt); Stefanie Rogge (KV Hannover); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Roland Vossebrecker (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Klaus Kormann (KV Steinfurt); Jannis Gudat (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Gabriele Siegert (KV Duisburg); Katja Behrendt (KV Warendorf); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Kathrin Selzer (KV Duisburg); sowie 51 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.